

Nach der Bundestagswahl Wahlversprechen dürfen nicht am Koalitionstisch geopfert werden

Deutschland hat gewählt - und das Ergebnis ist in Teilen überraschend und für die Branche doch recht zwiespältig: Auf der einen Seite hat die CDU ein überragendes Ergebnis erzielt. Bedauerlich hingegen ist, dass mit dem Ausscheiden der FDP nun fast alles möglich zu sein scheint. Wie schwierig sich die Regierungsbildung gestaltet, haben die Diskussionen und Nachrichten der vergangenen Tage gezeigt. Mit Spannung erwartet nun auch der DEHOGA unter anderem den Ausgang des heutigen Parteikonvents der SPD.

Unverständnis zeigt DEHOGA-Hauptgeschäftsführerin Ingrid Hartges hinsichtlich der aktuellen Steuererhöhungsdiskussion. „Wenn die Bürger Erhöhungen von Einkommensteuer, Erbschaftsteuer oder eine Vermögensteuer gewollt hätten, hätten sie anders gewählt. Angesichts von Rekordeinnahmen des Staates haben die Wähler ein klares Votum gegen neue finanzielle Belastungen von Bürgern und Betrieben abgegeben. Geradezu grotesk ist, dass führende CDU-Politiker nun die mögliche Erhöhung des Spitzensteuersatzes vor Beginn von Koalitionsverhandlungen in den Raum gestellt haben. Erfreulicherweise jedoch wurden diese Meldungen - nicht nur von Horst Seehofer - heftig dementiert. Wir erwarten nun - auch im Hinblick auf die reduzierte Mehrwertsteuer in der Hotellerie - dass die CDU/CSU-Frakturen zu ihrem Wahlprogramm stehen, das klar den Verzicht auf Steuererhöhungen vorsieht. Zahlreiche CDU/CSU-Politiker - unter ihnen jüngst auch noch einmal Bundeskanzlerin Angela Merkel (DEHOGA compact berichtete) - haben die immensen positiven Effekte der reduzierten Mehrwertsteuer in der Hotellerie - der längst überfälligen Herstellung von Steuergerechtigkeit in Europa - anerkannt. Das, was in 24 EU-Staaten gilt, darf in Deutschland nicht auf dem Koalitionstisch geopfert werden.“

Mindestlohn Experten warnen vor bundesweit 8,50 Euro

Das Thema Mindestlohn wird bei der Regierungsbildung und in den Koalitionsverhandlungen voraussichtlich eine große Rolle spielen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) allerdings sieht den von SPD und Grünen geforderten Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro kritisch. Mit einem Mindestlohn in dieser Höhe würden Arbeitsplätze gefährdet. Zwar gibt die aktuelle DIW-Studie weder den Befürwortern noch Gegnern des Mindestlohns eindeutig recht. Ein bundesweit einheitlicher Mindestlohn sei allerdings kaum dafür geeignet, Armut abzubauen. Weder werde die Zahl der „Aufstocker“ wesentlich kleiner, noch sei ein spürbarer Kaufkraftschub zu erwarten. Der Mindestlohn könne viele der in ihn gesetzten Erwartungen nicht erfüllen. DIW-Arbeitsmarktexperte Karl Brenke nannte die mögliche Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns ein „Feldexperiment“ und rief dazu auf, vorsichtig zu agieren. Man solle eher mit 7 statt mit 8,50 Euro beginnen und ihn dann gegebenenfalls vorsichtig anheben. Auch sei eine Differenzierung nach Alter, Qualifizierung oder Region sinnvoll.

Auch Bundesbank-Chef Jens Weidmann sieht das Thema gesetzlicher Mindestlohn kritisch und sprach sich gegen die Einführung in Deutschland aus. „Er verschlechtert die Beschäftigungschancen von Geringqualifizierten und Langzeitarbeitslosen und erschwert denjenigen den Zugang zum Arbeitsmarkt, die noch nicht über ausgeprägte berufsspezifische Fertigkeiten verfügen“, so Weidmann. Aus seiner Sicht erfolgversprechender sind ein flexibler Arbeitsmarkt, der Anreize setzt Arbeitskräfte einzustellen bzw. Arbeit anzunehmen.

Mehr Informationen zu diesem Thema finden [unter *www.handelsblatt.com/politik/deutschland*](http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland)

Einladung zur Umfrage Arbeitssituation von Führungskräften im Gastgewerbe

Führungskräfte in Hotellerie und Gastronomie haben eine verantwortungsvolle, abwechslungsreiche Tätigkeit, die aber auch oft anstrengend und nicht immer leicht mit dem Privatleben zu vereinbaren ist. Über die Arbeitssituation von Führungskräften in der Branche ist wenig bekannt. Deshalb führt das Forschungsprojekt INDIGHO in Zusammenarbeit mit dem DEHOGA eine bundesweite Studie durch. Sie wird wissenschaftlich ausgewertet und dient der Weiterentwicklung von Unterstützungsangeboten.



Im Namen der Projektverantwortlichen bittet der DEHOGA Bundesverband Sie deshalb herzlich, den Fragebogen unter <https://www.soscisurvey.de/HG2013/> auszufüllen.

Das Ausfüllen des Fragebogens dauert 10-15 Minuten. Die Befragung ist selbstverständlich anonym. Es können keine Rückschlüsse auf Sie oder das Unternehmen, in dem Sie arbeiten, gezogen werden. Die Befragung richtet sich an Inhaber/innen, angestellte Geschäftsführer/innen und Personen, die eine andere leitende Funktion mit Führungsverantwortung ausüben.

Fachkräfte Neue Broschüre des BMWi rund um die Ausbildung europäischer Jugendlicher

Das Bundeswirtschaftsministerium hat in der letzten Woche eine neue, praktisch-informative Broschüre mit dem Titel „Fachkräfte finden – Europäische Jugendliche ausbilden“ herausgegeben. Für viele Betriebe sind Jugendliche aus dem europäischen Ausland mittlerweile eine Alternative, wenn es darum geht, freie Ausbildungsplätze zu besetzen. Doch stellen sich in diesem Zusammenhang natürlich auch eine ganze Reihe von Fragen: Was bringt die Rekrutierung von Auszubildenden aus der Europäischen Union und lohnt sich diese? Was muss ich als ausbildender Betrieb in diesem Zusammenhang sicherstellen und wie kann ich vorgehen? Die Broschüre informiert zu genau diesen Themen und gibt Tipps rund um die Bedarfsanalyse, die Formulierung eines Stellenangebots, mögliche Rekrutierungswege, das Bewerbungsgespräch und die Integration der europäischen Auszubildenden. Darüber hinaus zeigt sie Förderprogramme und Unterstützungsmöglichkeiten auf.



Die Broschüre können Sie hier herunterladen unter
www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/H